

Politische Partizipation. Vorstellungen von Schülern des Fachgymnasiums Wirtschaft

von *Andreas Reimer*



Andreas Reimer ist Wirtschaftspädagoge (B. A.)

Eine demokratische Ordnung ist nur möglich, wenn sie von mündigen Bürgern getragen wird. Die Bürger selbst müssen in der Lage sein, Urteils-, Kritik- und Handlungsfähigkeit an den Tag zu legen (vgl. Lange 2007, S. 21). Diese elementaren Erkenntnisse lassen die Frage aufkommen, wie es um die Partizipationsfähigkeiten der Bürger bestellt ist. Der folgende Beitrag gibt einen Einblick in vorhandene Ressourcen von Schülern.

Politische Partizipation bezeichnet die Verhaltensweisen von Bürgern, durch die sie auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen. Diese Einflussnahme kann sich auf eine oder mehrere Ebenen des politischen Systems (z. B. Gemeinde, Land, Bund) beziehen (vgl. Kaase 2003, S. 495) und kann auf vielfältige Weise erfolgen: z. B. durch Teilnahme an Wahlen, an Volksentscheiden, durch Mitarbeit in Parteien, Interessenverbän-

den, Bürgerinitiativen, im Schülerrat, im Elternrat, im Senioren- oder Ausländerbeirat der Gemeinde usw.

Mittels qualitativer Methoden wurden die individuellen Denkstrukturen zur politischen Partizipation erforscht. Zentrale Fragen dabei waren:

- Was verbinden die Schüler mit politischer Partizipation/Beteiligung?
- Wie bewerten die Schüler politische Partizipation/Beteiligung?
- Welche Rolle spielen Minderheiten in ihren Vorstellungen?

Es wurden insgesamt fünf Schüler der 11. Klasse eines Fachgymnasiums für Wirtschaft interviewt. Die Interviews fanden zwischen dem 24.02.2009 und dem 03.03.2009 statt. Um der Neutralität und Offenheit der qualitativen Vorgehensweise gerecht zu werden, wurden den Interviewten bezüglich der Thematik keine Begriffe bzw. Hinweise vorgegeben. Stattdessen wurden die Interviews mit einer Karikatur begonnen.

Vorstellungen der Schüler zu politischer Partizipation im Vergleich

Die in den problemzentrierten Interviews erhobenen Schülervorstellungen (Christian, Tim und Sarah) und die daran anschließenden Konzepte werden im Folgenden auf ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede befragt.

Vorstellungen zur politischen Ordnung und zur Herstellung allgemeiner Verbindlichkeit

Die drei Schüler sind sich einig, dass das Volk das zentrale Subjekt der politischen

Partizipation ist. In allen drei Vorstellungen geht politische Partizipation vom Volk (allen Bürgern!) aus und das Volk ist in die Findung der Entscheidungen eingebunden. Etwas differenzierter gestaltet sich allerdings der Prozess der Entscheidungsfindung selbst. Christian sieht zum Zweck der Entscheidungsfindung eine Regierung vor, welche dem Volk Vorschläge zur Abstimmung unterbreitet, das Volk ist in seinem Sinne Kontrollorgan. Sarah dagegen belässt die politische Partizipation nicht allein bei der Abstimmung, sondern bindet die Bürger in Arbeitsgruppen und in die Vorbereitung von Entscheidungen mit ein. Dabei ist in ihrem Sinne darauf zu achten, dass diese Arbeitsgruppen nicht zu groß werden, um eine Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

Vorstellungen zur Repräsentation durch Parteien

Bei Sarah ließen sich keine Konzepte zur Repräsentation durch Parteien ermitteln und die Konzepte von Christian und Tim weisen eine hohe Ähnlichkeit auf. Tenor ist, dass Parteien nicht in der Lage sind, die Bürgermeinungen vollständig zu repräsentieren. Der Unterschied in den beiden Vorstellungen liegt in einer etwas differenzierteren Sicht von Tim. Er ist sich der Problematik bewusst, dass Politiker im Spannungsfeld zwischen ihren eigenen Interessen, den Parteiinteressen und den Interessen der Wähler stehen. Christian ist in seinen Vorstellungen weniger differenziert, da nach seinem Empfinden die großen Volksparteien einen erdrückenden Vorteil gegenüber kleinen Parteien haben und die eigene Meinung gegenüber den großen Parteien wirkungslos und unbedeutend ist. Aus Christians Konzepten wird eine gewisse Mutlosigkeit und Ent-

täuschung deutlich. Er wünscht sich, dass die einzelnen Stimmen stärkere Beachtung finden.

Vorstellungen zu den einzelnen Partizipationsinstrumenten

Tim und Sarah sind sich bei den Partizipationsinstrumenten einig. Wahlen stellen für sie das wichtigste Partizipationsinstrument dar, wobei diese immer freiwillig sein sollten. Sarah hinterfragt das Konzept der Wahlen und sieht den Nachteil in einer Undifferenziertheit der Wahl. Nach ihrer Vorstellung kann der Wähler nur zwischen Kandidaten und Programmen wählen, was aber, wenn er keine 100%ige Schnittmenge zu einem Kandidaten oder Programm hat?

Die Haltung gegenüber Demonstrationen stimmt bei Sarah und Tim ebenfalls überein. Beide halten Demonstrationen für wirkungslos. Vielmehr würde nach ihren Vorstellungen eine persönliche und politische Eigeninitiative eine entsprechende Wirkung erzielen. Im Gegensatz zu Tim und Sarah ist Christian deutlich direkt-demokratischer eingestellt. Er hält Volksabstimmungen für das wichtigste Partizipationsinstrument, um dem Volk möglichst unmittelbar die politische Macht zukommen zu lassen.

Vorstellungen zur Bürgerrolle und dem Interesse an Politik

Die Konzepte zu den Vorstellungen zur Bürgerrolle und dem Interesse an Politik weisen bei allen drei Schülern eine verblüffende Ähnlichkeit auf. Zentrales Merkmal für politische Partizipation sind demnach informierte Bürger. Tim weist zusätzlich darauf hin, dass politische Probleme komplex sind und „nicht alle alles wissen können“, was jedoch wünschenswert wäre. Informationen und interessante Angebote der Parteien und Jugendorganisationen würden zusätzlich das Interesse der Bürger an Politik wecken.

Sarah sieht die Bürger in einer benachteiligten Rolle, für sie ist politisches Engagement wirkungslos.

Vorstellungen zur Rolle der Minderheiten

Bei allen drei Interviewpartnern divergiert der Minderheitenbegriff deutlich. Während Christian und Sarah ihn eher auf ethnische und soziale Minderheiten begrenzen, befasst sich Tim positiv mit dem Begriff, indem er gerade für Minderheiten die Chancen in neuen Partizipationsmöglichkeiten sieht, wie zum Beispiel Internetpublikationen. Deutlich wird bei Christian, dass Resignation einer politischen Beteiligung entgegensteht. Auch Sarah sieht die Chance in konstruktiven Beiträgen, nach ihren Vorstellungen hat jeder die Chance, die eigenen Vorstellungen zu verwirklichen.

Politikdidaktische Strukturierung

Bevor aus dem erhobenen Material Rückschlüsse auf die Konzeption von Unterricht erfolgen können, sollen sie mit möglichen demokratischen Sinnbildungstypen konfrontiert werden. Daraus können Anhaltspunkte für die Entwicklung von Leitlinien für den Politikunterricht gewonnen werden.

Lange unterscheidet idealtypisch zwischen dem „plebiszitären“, dem „repräsentativen“ und dem „elektoralen Sinnbildungstyp“. Der plebiszitäre Typ ist durch die Vorstellung einer aktiven und direkten Partizipation an politischen Prozessen gekennzeichnet. Hierzu gehört auch die Ansicht einer unmittelbaren Relation zwischen Herrschern und Beherrschten. Der repräsentative Typ zeichnet sich durch die Vorstellung von einer repräsentativen Demokratie aus, in der allgemeine Verbindlichkeit durch Repräsentanten hergestellt wird. Der dritte Typus der idealtypischen Sinnbildungstypen, der elektorale Typ, vertritt die Auffassung, dass der informierte Bürger lediglich periodisch an Wahlen teilnimmt und dadurch Eliten mit der Herstellung allgemeiner Verbindlichkeit beauftragt (vgl. Lange 2004, S. 48ff.). In früheren Arbeiten ist bereits eine Zuordnung von Demokratietheorien zu den demokratischen Sinnbildungstypen vorgenommen worden. Dieser Zuordnung kann sich angeschlossen werden. Demnach steht Barber für den plebiszitären Typus und Schumpeter für den elektoralen. Scharpf

wiederum steht für eine Mischform aller drei Sinnbildungstypen (vgl. Heidemeyer 2006, S. 98). Für die vorliegende Arbeit lassen sich Christian, Tim und Sarah dem plebiszitären Typus zuordnen, wobei repräsentative Elemente ebenso vorhanden sind. Die nachstehende Tabelle 1 verdeutlicht die Zusammenhänge.

Tab. 1: Demokratische Sinnbildungstypen

Plebiszitärer Typus	Repräsentativer Typus	Elektoraler Typus
Barber	Verba & Nie	Schumpeter
Scharpf		
Christian, Tim, Sarah		-

Modifiziert nach Heidemeyer 2006, S. 98

Leitlinien der Didaktischen Strukturierung

Leitlinie 1: Fachliche Konzepte und eigene Konzepte explizieren

Die Vorstellungen der Schüler müssen für sie selbst und für die Lehrer explizit gemacht werden. Die Lehrer können anschließend an diesen Vorstellungen mit ihrem Unterricht ansetzen und den Schülern kann die Beschäftigung mit ihren eigenen Konzepten bei der Selbstreflexion und Verarbeitung von Erfahrungen helfen.

Um eine Auseinandersetzung vor allem mit dem elektoralen Typus zu erreichen, sind die Konzepte wie z. B. „Elitenherrschaft als zentraler Aspekt“, „Der mündige Bürger eine Fiktion“, „Massendemokratie unmöglich“, „individuelle Ressourcenausstattung“, „Motivation ist entscheidend“, „Bürgerferne politische Partizipation“ und „Mehr Partizipation nicht besser“ den Schülern näher zu bringen. Die Positionen der Fachwissenschaftler Barber (1984) und Schumpeter (1950) können in einem ersten Schritt einander gegenübergestellt werden.

Leitlinie 2: Moderne Partizipationsinstrumente stärker einbeziehen/erlebbar machen

Mit dem – insbesondere technischen – Wandel der Gesellschaft verändert sich

auch die politische Partizipation. Moderne Partizipationsmöglichkeiten sind nur einigen Schülern bekannt. Hieran kann angeknüpft werden. Begonnen werden kann mit klassischer Informationsbeschaffung, z. B. bietet die Bundeskanzlerin einen podcast auf ihrer Internetseite an. Abgesehen von der passiven Informationsaufnahme können auch interaktive Plattformen genutzt werden, vor allem für den Austausch und Zusammenschluss von Personen. „Deliberative Polls“, „Überwindung repräsentativer parteidominierter Politik“ und „Einbindung der Bürger in Politik“, diese Möglichkeiten sollten die Schüler erkennen, analysieren und kritisch bewerten.

Leitlinie 3: Interessen und Ideen der Schüler unterstützen

Die Einstellungen zur Politik sind trotz der grundsätzlich bildungsmotivierten Einstellung Schüler leicht unterschiedlich. Vor allem Tim hat eine positive Einstellung zur Politik (Konzepte: „Wirkungsvolle aktive Mitgestaltung“, „Interesse zu politischer Partizipation wecken“ und „Minderheiten und ihre Möglichkeiten“), wohingegen Christian sehr kritisch ist (Konzepte: „Parteien als mangelhaftes Partizipationsinstrument“, „Wirkungslosigkeit der eigenen Meinung“ und „Parteien als machtvollste Organisation“). Grundsätzlich sind die Interessen und das positive Potenzial der Schüler auszubauen und deren eigene Erfahrungen in den Unterricht zu integrieren (vgl. Burdewick 2005, S. 95). Simulationen oder nur die bloße theoretische Vermittlung werden von den Schülern häufig als nicht relevant für das eigene praktische Leben eingeschätzt. Dem gilt es durch realen und sinnbehafteten Unterricht entgegenzuwirken (vgl. Scherb 2007, S. 124ff.).

Leitlinie 4: Resignationstendenzen auffangen und Beziehung zu Politik stärken

So wie positive Haltungen zu unterstützen sind, gilt es resignierende Tendenzen zu analysieren und ihnen entgegenzuwirken. Aus Beiträgen von Christian (Konzepte: „Nutzlose Mitgliedschaft in kleinen Parteien“) und Sarah (Konzepte: „Demonstrationen als wirkungsloses Instrument“ und „Politisches Engagement wirkungslos“) werden Machtlosigkeit und Resignation deutlich, vor allem wenn sie die eigene Meinung und Mitgliedschaft in kleinen Parteien als nutzlos beschreiben. Dies tritt besonders stark bei Sarah zum Vorschein, die sich von Politikern unbeachtet fühlt. Diese Vorstellungen sind im Unterricht zu thematisieren. Dabei geht es darum den Schülern die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten mitzuteilen, zu überprüfen und kritisch zu hinterfragen sowie im Austausch mit anderen Schülern und Informationsquellen abzugleichen. Ziel ist es, die Schüler nicht in Resignation fallen zu lassen, sondern Wege erarbeiten zu lassen, wie sie sich trotz vieler Hindernisse entsprechend ihren Interessen politisch einbringen können.

Leitlinie 5: Fördern und fordern

Entsprechend dem Beutelsbacher Konsens ist darauf zu achten, dass die Schüler nicht mit einer vorherrschenden Meinung überwältigt werden, sondern ihnen umstrittene Sachverhalte auch in dieser Kontroversität dargestellt werden. Hierfür kann auf sämtliche Konzepte der fachlichen Vorstellungen sowie auf die Schülervorstellungen dieser Arbeit verwiesen werden. Die interviewten Schüler machen den Eindruck, dass sie stärker gefordert werden wollen. Vor allem in der gymnasialen Oberstufe sollten ver-

tiefende Analysen von Funktionen und Wirkungen der politischen Partizipation stattfinden, um den Schülern entsprechend ihrem Leistungsstand noch bessere Einblicke in politische Partizipation und die entsprechenden Prozesse zu gewähren. ●

Literatur

- Barber, B. R. (1984). *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkely: University of California Press.
- Burdewick, I. (2005). Politische Sozialisation und Geschlecht. Ergebnisse einer qualitativen empirischen Studie zur politischen Partizipation Jugendlicher. In *Deutsche Jugend*, 53(6), S. 269–277.
- Heidemeyer, S. (2006). Schülervorstellungen und Politikwissenschaftliche Vorstellungen über Demokratie. Ein Beitrag zur Politikdidaktischen Rekonstruktion. Oldenburg: Oldenburger VorDrucke.
- Kaase, M. (2003). Politische Beteiligung/ Politische Partizipation. In U. Andersen & W. Wichard (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (5. Aufl., S. 495–500). Opladen: Leske + Budrich 2003.
- Lange, D. (2007). Bürgerbewusstsein und Politische Bildungsforschung. In Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (Hrsg.), *EINBLICKE*, Nr. 46, 2007, S. 21–23.
- Lange, D. (2004). Historisch-politische Didaktik. Zur Begründung historisch-politischen Lernens. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Scherb, A. (2007). Sinnorientierung. In V. Reinhardt (Hrsg.), *Basiswissen Politische Bildung. Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Strategien der Politischen Bildung* (Band 2, S. 124–133). Hohengehren: Schneider.
- Schumpeter, J. A. (1950). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Bern: Francke.